

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Umstiegsbedingungen für Pendler*innen auf den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr verbessern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zur Bewältigung der Pendlerverkehre

- gemeinsam mit dem Land Brandenburg, umliegenden Landkreisen, dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB), den betroffenen Verkehrsunternehmen, den Fahrgastverbänden sowie weiteren Akteuren aus dem Bereich der Verkehrsplanung ein verkehrsmittelübergreifendes Gesamtkonzept für Pendler*innenverkehre einschließlich Zeit- und Finanzierungsplanung zu entwickeln. Ziel des Gesamtkonzepts soll die Attraktivierung des Öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs für Berufs- und Ausbildungspendler*innen von und nach Berlin sein.
- zu prüfen, wie eine Verbesserung der Busanbindung des Umlandes hinsichtlich Strecken und Taktzeiten zu den Haltestationen des schienengebundenen Nah- und Regionalverkehrs erfolgen kann. In diesem Zusammenhang sollen auch Lösungen hinsichtlich der Finanzierung zusammen mit Brandenburg und den Landkreisen entwickelt werden.
- die länderübergreifende Verkehrsplanung unter Berücksichtigung der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg, der regionalen Planungsgemeinschaften in Brandenburg sowie des Kommunalen Nachbarschaftsforums Berlin-Brandenburg weiterzuentwickeln. Die Berliner Außenbezirke sind in dieses Verfahren einzubeziehen.
- die Aufnahmefähigkeit der innerstädtischen Verkehrsmittel für auf den ÖPNV umsteigende Pendler*innen sicherzustellen.
- zu prüfen, ob und wo ein Ausbau von Park & Ride-Parkplätzen und Radabstellanlagen sinnvoll und machbar ist.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.05.2019 zu berichten.

Begründung:

Etwa 200.000 Menschen aus Brandenburg fahren regelmäßig zur Arbeit nach Berlin, in umgekehrter Richtung pendeln gut 80.000 Erwerbstätige. Ein erheblicher Anteil der nach Berlin pendelnden Personen nutzt das Auto bis ins Stadtgebiet, oft auch deshalb, weil die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrem ländlichen Wohnsitz unzureichend ist. Ein Konzept zur Verbesserung der Pendlersituation sollte alle Verkehrsträger umfassen. Park & Ride kann hierbei nur einen geringen Beitrag leisten, da der Flächen- und Finanzierungsbedarf in der Regel in keinem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Nutzer*innen steht. Damit mehr Pendler*innen bereit sind, auf das Auto zu verzichten, ist das Problem der unzureichenden Anbindung der Haltepunkte des schienengebundenen Nah- und Regionalverkehrs zu lösen. Neben dem Fahrrad können Zubringerbusse zu den Haltepunkten des SPNV einen wichtigen Beitrag leisten. Wichtig sind dabei die Betriebsdauer, die Takte, die Umsteigeanschlüsse (baulich und fahrplanmäßig) und die Sitzplatzkapazitäten. Bei der Finanzierung sollten die betroffenen Landkreise jedoch nicht alleine gelassen werden. Daher soll zeitnah in Zusammenarbeit mit Brandenburg ein Konzept erarbeitet werden, um die Rahmenbedingungen entscheidend zu verbessern.

Berlin, d. 15. Januar 2019

Saleh Schopf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf H. Wolf Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Moritz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen